

Prof. Dr. Bodo Zeuner:

"Verteilungsgerechtigkeit gehört zur Demokratie"

Referat auf der Delegiertenkonferenz von ver.di Bezirk Südbaden

15.3.04, Freiburg

Vorbemerkung: Ich hoffe einen Beitrag zur Stärkung der politischen Urteilskraft leisten zu können. Ich gehe nämlich davon aus, dass wir eine extrem dogmatische und die Bürgerinnen und Bürger für dumm verkaufende veröffentlichte Meinung haben, gegen die wir unsere politische Urteilskraft im Sinne Immanuel Kants, im Sinne eines selbständigen und mündigen Vernunftgebrauchs, verteidigen müssen.

Zuerst (1.) will ich Begriffe klären, dann (2.) ein Schema der Beurteilung von Politik vorschlagen. Dann folgt ein Teil (3.) über das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus zur Gerechtigkeit. Dann wird es um die Umdeutung von Gerechtigkeit durch die neue Sozialdemokratie, also durch Blair, Schröder, Clement, gehen (4.), und darum, ob die Bürgerinnen und Bürger geneigt sind, dieser Umdeutung zu folgen (5.). Erst zum Schluss will ich knapp inhaltlich auf das eingehen, was in der Selbstdarstellung der Politiker und in der Presse als "Sozialreformen" ausgegeben wird und was präziser mit antisozialer Gegenreform zu bezeichnen wäre, also auf die Hauptfelder der Schröderschen Innenpolitik seit 1999: Soziale Sicherheit, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Steuer- und Finanzpolitik (6.). Hier kann ich mich auf Ergänzungen zu dem von den Projektgruppen schon vorgetragenen Thesen beschränken. Mein Vortrag soll in die Frage münden (7.): Was können, was sollten Gewerkschaften in dieser Situation tun? Über diese Frage sollten wir uns am Ende gemeinsam den Kopf zerbrechen - oder, besser gesagt: etwas mehr Klarheit im Kopf verschaffen.

## 1. Begriffsklärung

Thesen zu 1.

- 1.1. Begriffliche Klarheit ist heute besonders wichtig, nicht nur, damit man einander versteht, sondern auch, weil Begriffe als Waffen im politischen Kampf verwendet werden. Dies zeigt sich aktuell besonders deutlich am Begriff Reform: Früher bedeutete er mehr Gerechtigkeit, heute mehr Ungleichheit, mehr Umverteilung von unten nach oben und weniger Sozialstaat.
- 1.2. Unter Demokratie will ich im folgenden ein westlich-parlamentarisches und rechtsstaatliches politisches System verstehen, das ein Höchstmaß an Volkssouveränität, d.h. an Selbstbestimmung und an Mitentscheidung aller Menschen in den sie betreffenden Fragen gewährleistet. Gegenbegriffe wären Fremdbestimmung oder Diktatur.
- 1.3. Unter Gerechtigkeit will ich das Leitprinzip verstehen, nach dem sich staatlich-politisches Handeln zu richten hat. Niemand will ungerecht behandelt werden, niemand findet es richtig, wenn die Regierung, wenn der Staat, wenn die Mächtigen und Herrschenden ungerecht handeln. Dies gilt

seit Platon und Aristoteles als Gemeingut politischen Denkens. Alle Herrschaft muss sich als gerecht legitimieren, muss sich rechtfertigen. Was inhaltlich im einzelnen als gerecht gelten kann, ist umstritten - dazu später mehr.

1.4. Verteilungsgerechtigkeit bedeutet, dass das Prinzip der Gerechtigkeit auch auf soziale und ökonomische Bereiche ausgedehnt wird. Auch in Wirtschaft und Gesellschaft, nicht nur in der Politik, soll es gerecht zugehen. Dafür zu sorgen, ist Aufgabe der Politik, die damit über ihren eigenen Bereich hinausgreift. Anders als einige Systemtheoretiker behaupten, wird also, wenn Verteilungsgerechtigkeit als politische Aufgabe verstanden wird, davon ausgegangen, dass die Politik andere Systeme, etwa Wirtschaft und Gesellschaft, zu steuern vermag. Der Gegenbegriff zu Verteilungsgerechtigkeit wäre etwa: Gerechtigkeit als reine Rechtsgleichheit. Die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit setzt immer die Annahme voraus, dass die Primärverteilung wirtschaftlicher Güter und sozialer Chancen in unserer Gesellschaftsordnung nicht gerecht oder jedenfalls nicht immer und nicht von selbst gerecht ist. - Auch dazu später Genaueres.

2. Es gibt immer zwei Arten von Bewertungsmaßstäben für Politik: normative und funktionale.

Thesen zu 2.

2.1. Wenn wir politisches Handeln oder politische Strukturen bewerten und wenn wir über politische Vorschläge und Projekte, etwa Schröders "Agenda 2010", streiten, egal ob wir es als Wissenschaftler oder als demokratische Bürger tun, dann wenden wir immer zwei Arten von Maßstäben an. Ich nenne sie erstens normative Maßstäbe, und zweitens funktionale Maßstäbe. Ich finde es sinnvoll, sich logisch über den Unterschied zwischen diesen beiden Arten von Maßstäben klar zu werden, um dann zu sehen, wie sie zusammenhängen.

2.2. Normative Maßstäbe fragen danach, ob eine Sache gut ist, ob sie unseren Werten, unserer Moral, unserer Vorstellung von Gerechtigkeit entspricht. Für normative Fragen ist nicht die exakte Wissenschaft, sondern eher die Philosophie zuständig. Viele dieser Maßstäbe sind in Grundrechten und Grundwerten, etwa Menschenwürde, gleiche Freiheit aller, Freiheit der Person, der Meinungsäußerung, Sozialbindung des Eigentums etc., schriftlich festgehalten und haben Geltung als Recht. Wir finden es z.B. ungerecht und auch unmoralisch, wenn sozial Schwache und Kranke bei der so genannten Gesundheitsreform besonders stark belastet werden oder wenn Frauen im Arbeitsleben schlechtere Chancen haben als Männer. Mit diesen Empfindungen haben wir im Prinzip auch die Verfassung auf unserer Seite (Sozialstaat, Gleichberechtigung). Aber die Verfassung regelt nicht und kann auch gar nicht regeln, welches gute, welches gerechte moralische Handeln des Staates im einzelnen daraus folgt: Wieviel Belastung durch

Gesundheitskosten ist für welche Gruppe zumutbar? Soll der Staat die Unternehmen zwingen, Frauen gleichzustellen? - Das sind Fragen der Politik, das ist ein Teil dessen, was zwischen den Parteien und den Bürgern in einer Demokratie umstritten ist.

- 2.3. *Funktionale* Maßstäbe fragen danach, ob und wie eine Sache funktioniert, ob ein Mittel effektiv und effizient ist, also sein Ziel mit vertretbarem Aufwand erreicht, welche Risiken und Nebenwirkungen auftreten. Für solche Fragen sind die empirischen Wissenschaften zuständig. Im übrigen gehören solche Fragen zur politischen Alltagskost: Egal ob man die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gerecht findet oder nicht: Vielleicht funktioniert sie gar nicht. Egal, ob wir den Krieg von Bush und Blair gegen Irak moralisch richtig finden: Vielleicht ist er in jedem Falle falsch, weil er die mit ihm angestrebten Ziele nicht erreicht. - Die Beispiele zeigen auch: Für die funktionale Bewertung kommt es darauf an, was als Ziel definiert wird (und wer in wessen Interesse die Ziele definiert). Bei den Hartz-Gesetzen wird das Ziel "Entlastung der Unternehmer" vermutlich erreicht, das Ziel "Minderung der Arbeitslosigkeit" vermutlich nicht. Beim Irak-Krieg wurde das Ziel "Stärkung des Völkerrechts" deutlich beschädigt, das Ziel "Ausbau der US-Vorherrschaft im Nahen Osten" mindestens mittelfristig erreicht, das Ziel "Demokratie in Irak" jedenfalls bisher verfehlt.
- 2.4. Meine These ist also, dass normative und funktionale Maßstäbe ganz prinzipiell und logisch *zwei verschiedene paar Stiefel* sind. Folglich ist es auch möglich, dass eine Politik beiden Maßstäben, nur einem oder keinem der beiden Maßstäbe genügt. Man kann das Ganze schematisch als *Vierfeldertafel* darstellen. Beispiele für N+/F+: Sozialstaat, Mitbestimmung nach deutschem Modell, "soziale Marktwirtschaft", "Fordismus", Bildungsreform der 70er (Chancengleichheit und Qualifizierung der Arbeitskraft). Beispiele für N+/F-: Zentralverwaltungswirtschaft, prohibition. Beispiele für N-/F+: Stabile Diktaturen, Manchester-Kapitalismus. Beispiele für N-/F-: Diktaturen in Krisenphasen, aber auch, zunehmend, das neoliberale Wirtschaftsregime, wenn Abbau von Massenarbeitslosigkeit, Krisenfestigkeit und weltweiter Interessenausgleich als Ziele definiert werden.
- 2.5. In der realen Welt sind *normative und funktionale Bewertungen stets miteinander verbunden*.
- 2.5.1 Eine Verbindung wurde schon genannt: An welchen Zielen eine Politik bemessen wird, ist eine Frage von Interessen und auch von moralischen Werten: Ist uns Armutsbekämpfung, auch weltweit, wichtig oder ist für uns der höhere Wert, dass Deutschland weltweit "die Nummer EINS" ist?<sup>1</sup> Das heißt auch: Letztlich ist die normative Bewertung die wichtigere. Sie

---

<sup>1</sup> "Die Menschen (...) wollen, dass Deutschland - und damit sie selbst! - wieder die Nummer EINS wird: mit Weitsicht, Wirtschaftskraft und Wagemut." Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE, in einer Selbstdarstellung dieser DGB-Gewerkschaft unter [www.modell-deutschland.de](http://www.modell-deutschland.de), 11.3.04

entscheidet über die Ziele, die bei der funktionalen Bewertung vorausgesetzt werden.

- 2.5.2 Ebenso wichtig ist eine weitere Verbindung von normativen und funktionalen Maßstäben: Zum Funktionieren gehört auch, dass eine Politik normativ akzeptiert wird, dass sie als legitim angesehen, als gerecht empfunden wird. Das gilt ganz direkt in einer Demokratie: Regierungen, die in wichtigen Fragen den normativen Erwartungen der Mehrheit nicht entsprechen, werden abgewählt. Wenn die Politik unabhängig von Regierungswechseln dieselbe bleibt und als ungerecht empfunden wird, droht Politikverdrossenheit und Gefahr für die Stabilität des demokratischen Systems. Zum Beispiel können dann rechtsextreme und rechtspopulistische Demagogen Zulauf finden. - Nun kann man die Demokratie, die Mitbestimmung der Bürger über die öffentlichen Angelegenheiten, abschaffen oder einschränken, damit eine für richtig gehaltene Politik besser funktioniert. Dass wir in der Bundesrepublik zu viele Wahlen haben und dass die Politiker deshalb gehindert seien, die "richtige" Politik zu machen, ist ja ein immer öfter gehörtes Argument. Fraglich nur, ob die Bürgerinnen und Bürger sich eine solche Entmündigung auf Dauer gefallen lassen.
- 2.5.3 Die dritte Verbindung ist eine psychische. Für das Problem hat die Psychologie den Begriff "kognitive Dissonanz" erfunden. Damit ist gemeint: Niemand hält es aus, mit belastenden Widersprüchen zu leben. Man biegt sich die Sache dann irgendwie zurecht. Ein belastender Widerspruch ist z.B., dass etwas zwar funktioniert, aber eigentlich ungerecht ist. Oder auch umgekehrt, dass etwas zwar gerecht ist, aber auf Teufel komm raus dennoch nicht funktioniert - also die Felder F+/N- oder N-/F+ in der Tafel. Man möchte den Widerspruch auflösen in Eindeutigkeit, entweder ins Feld links oben oder ins Feld rechts unten. Die meisten Leute halten es schlecht aus, in Widersprüchen zu leben. Entgegen Kästners Spruch fangen sie nach einiger Zeit an, den Kakao, durch den man sie zieht, auch noch zu trinken.
- 2.6. Der Doppelaspekt normativ und funktional steckt auch in unserem Thema Verteilungsgerechtigkeit gehört zur Demokratie: Die Worte "gehört zu" können nämlich zweierlei bedeuten: (1) Ein politisches System darf sich nur dann demokratisch nennen und auf demokratische Werte berufen, wenn es ein Minimum an Verteilungsgerechtigkeit garantiert. (2) Ein demokratisches politisches System funktioniert nur, wenn es ein Minimum an Verteilungsgerechtigkeit garantiert. Im folgenden sollen also beide Maßstäbe, der normative und der funktionale, angelegt werden, wenn es darum geht, die gegenwärtigen politischen Konzepte, die in Deutschland unter dem Titel "Reformen" oder "Sozialreformen" diskutiert werden, zu bewerten.

3. Unser Spezialfall: Demokratie will gerecht sein. Kapitalismus ist ungerecht, oder?

Thesen zu 3:

- 3.1. Ideal wäre in der Politik natürlich immer der Fall N+/F+. Alle

Utopiekonstrukteure seit Platon haben immer danach gestrebt: Ein Gemeinwesen, das allen Menschen gleiche Freiheit und volle Entfaltung garantiert und das zugleich funktioniert und stabil ist – warum sollte das so schwer sein?! Hier ist keine Erörterung der Ursachen des Misslingens der Utopien möglich. Für die Gegenwart lässt sich aber folgendes Hindernis präzise bestimmen: Alle entwickelten Demokratien der Gegenwart basieren ökonomisch auf einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Und diese Wirtschaftsordnung setzt der Erfüllung normativer Ziele ein prinzipielles und in ihrem Rahmen unüberwindbares Hindernis entgegen: Sie beruht auf sozialer Ungleichheit und sie reproduziert diese Ungleichheit ständig neu. Ungleichheit ist eine Stabilitätsbedingung des Kapitalismus. Gleichheit dagegen gehört zu den klassischen positiven Werten der bürgerlichen Demokratie: *liberté, égalité, fraternité*. Wir haben es also mit einem Gegensatz, vielleicht einem Widerspruch, mindestens einem Dilemma von Kapitalismus und Demokratie zu tun. Beides lässt sich nicht gleichzeitig maximieren. Die äußerste linke obere Ecke in unserer Vierfeldertafel ist nicht zu erreichen - solange wir Kapitalismus haben, wobei es im Moment egal ist, ob dieser Kapitalismus globalisiert ist oder nicht.

- 3.2. Es gibt vier klassische Versuche, dieses Dilemma zu lösen oder mit ihm zu leben. Da ist der klassische Liberalismus, der strikt zwischen der Sphäre der Politik als dem Reich der gleichen staatsbürgerlichen Freiheit und der Sphäre der Ökonomie, in der Ungleichheit, Herrschaft und Ausbeutung regieren, zu trennen versuchte. Dagegen rebellierte mit Erfolg die Arbeiterbewegung: Die soziale Frage ließ sich nicht aus der Politik heraushalten. Aus der Arbeiterbewegung gingen zwei Hauptrichtungen hervor. Die staatskommunistische Richtung schaffte wegen der Unvereinbarkeit von Kapitalismus und sozialer Demokratie den Kapitalismus ab. Das war freilich mit der Abschaffung auch von politischer Demokratie sowie mit ökonomischen Effizienzmängeln verbunden. Die sozialdemokratische Hauptrichtung vertrat das Konzept: Zählung, Regulierung, Schadensminderung des Kapitalismus; Entschädigung der Arbeitenden für ihre Schlechterstellung durch Teilhabe und Mitbestimmung; Wachstum und Zuwachsverteilung unter Beteiligung der Arbeiterklasse. Schließlich sei die faschistische Lösung erwähnt: Entrechtung der Arbeiterklasse und Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Abschaffung der Demokratie und Ermächtigung der Kapitalisten zu ungezügelter Ausbeutung einschließlich Sklavenarbeit.

- 3.3. Derzeit dominiert mit dem Neoliberalismus eine teilweise neue Variante der Bearbeitung des Dilemmas. Zu ihr gehört der Versuch, die normativen Grundlagen so umzubauen, dass eine kapitalfunktionale Politik der

Akzeptanz und Förderung der Ungleichheit als gerechtfertigt erscheint. Das bedeutet vor allem: Den Begriff der Gerechtigkeit neu zu definieren, ihn vom klassischen Postulat der Gleichheit abzutrennen und eine Ideologie zu konstruieren, nach der mehr Ungleichheit zu mehr Gerechtigkeit führt. Das heißt zugleich, dass die Annahme von der prinzipiellen Ungerechtigkeit der Primärverteilung fallengelassen oder für irrelevant gehalten wird. Auf der funktionalen Ebene verbindet sich mit dem Neoliberalismus eine Theorie, nach der Wirtschaft und Gesellschaft am besten bei ungezügelter Wirken der Marktkräfte funktionieren - eine Annahme, die nicht neu ist, sondern den klassischen Wirtschaftsliberalismus noch radikalisiert. In bestimmten Varianten wird der Marktradikalismus direkt totalitär und menschenfeindlich: Mehr Markt - verpackt als "mehr Eigenverantwortung" o.ä. - gilt als Allheilmittel auch für bislang solidarische soziale Beziehungen. "Jeder muss sich selbst als Wertpapier begreifen" - so der Unternehmensberater und Philosoph Reinhard K. Sprenger im Berliner "Tagesspiegel" vom 28.12.1999.

#### 4. Versuche einer Neudefinition von Gerechtigkeit: Schröder/Blair, Clement - und wie John Rawls neoliberal missbraucht wird

Thesen zu 4:

- 4.1. Schwerpunkt der normativen Neudefinition ist der Begriff der Gerechtigkeit. Dazu haben sich Gerhard Schröder und insbesondere Wolfgang Clement programmatisch geäußert. Beide versuchen, sich von der sozialdemokratischen Tradition der Gleichheit abzusetzen.
- 4.2. Im Schröder/Blair-Papier vom Juni 1999 heißt es: "In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung." (Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1999, S.888) Soziale Gerechtigkeit lasse "sich nicht an der Höhe der öffentlichen Aufgaben messen" (ebd.). Diese Gerechtigkeit bestehe nicht in der "Verteilung von Geld", sondern in der "Ausweitung der Chancengleichheit" (S. 894). Das Ziel wird so beschrieben: "Wir wollen eine Gesellschaft, die erfolgreiche Unternehmer ebenso positiv bestätigt wie erfolgreiche Künstler und Fußballspieler..." (S.890). - Schröder und Blair sagen vor allem, was sie nicht unter sozialer Gerechtigkeit verstehen: Nicht Höhe der öffentlichen Leistungen, nicht Umverteilung, nicht Gleichheit im Ergebnis. Positiv bleibt allenfalls die Chancengleichheit übrig. Sie soll aber gerade zur Ungleichheit im Ergebnis führen. Gleichheit ist öde, trist und mittelmäßig, *Ungleichheit dagegen ist chic*, so könnte man das Lob auf die erfolgreichen Unternehmer und Fußballspieler zusammenfassen. - Aber was hat diese schicke Ungleichheit noch mit sozialer Gerechtigkeit und mit

sozialdemokratischen Traditionen zu tun? - Schröder und Blair bleiben hier die Antwort schuldig.

4.3. Wolfgang Clement dagegen nähert sich ein Jahr später, am 26. April 2000, etwas systematischer dem Problem des Verhältnisses von Gerechtigkeit und Gleichheit in der sozialdemokratischen Tradition. Im Jahr 2000 ist er noch Ministerpräsident von NRW und noch nicht "Botschafter" der von Unternehmerverbänden betriebenen "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft". Diese Aufgabe, also die eines Lobbyisten der Unternehmer, übernahm er 2002. Anschließend wurde er Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit. - Im April 2000 hält er eine Grundsatzrede auf dem Grundwerteforum der SPD in Berlin. Seine Kernthese ist: Früher war es richtig, dass die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung Ungleichheiten der Einkommen, der Vermögen, der Bildungs- und Lebenschancen auszugleichen versuchten, denn diese "jedem Verständnis von Gerechtigkeit Hohn sprechenden Ungleichheiten lagen klar erkennbar und benennbar auf der Hand"<sup>2</sup> (S.3). Heute dagegen, "in der vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts (...) hilft uns der alte Glaube, dass alles sozial gerecht sei, was die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung verringert, in dieser Allgemeinheit nicht weiter" (S.4). Man dürfe nicht zuerst auf die Verteilung schauen, vielmehr gelte: "Die Erwirtschaftung des Wohlstands kommt vor seiner Verteilung - und zwar im Interesse von Leistung und von Gerechtigkeit." Diese Erkenntnis ist an Banalität kaum zu überbieten: Man muss den Kuchen erst backen, bevor man ihn essen kann, das wusste man schon immer. Clement aber hält dies für eine umwerfend neue Erkenntnis, die es ihm erlaubt, das gesamte sozialdemokratische Denken zu erneuern. Clement spricht hier von dem "archimedischen Punkt in der sozialdemokratischen Programmdebatte in Europa" und zieht weitreichende Schlüsse. Diese Schlüsse lauten: "Verordnete Gleichheit - das lehrt die Geschichte - ist der Tod von Gerechtigkeit und Freiheit. Moderne soziale Marktwirtschaften hingegen können die *Chancen* auf Gleichheit erhöhen, ohne jedoch Gleichheit *im Ergebnis* zu sichern oder zu versprechen. Diese Form von *begrenzter Ungleichheit im Ergebnis* kann sehr wohl auch ein Katalysator sein für individuelle als auch für gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten. Sie kann damit auch dem Anspruch dienen, ein realistisches Mehr an Gerechtigkeit zu schaffen." (S.4) - Nach Clement ist also mehr Ungleichheit nicht nur, wie bei Schröder und Blair, einfach chic, sondern vor allem produktiv: Sie schafft Innovation und kapitalistisches Wachstum und damit auch "ein realistisches Mehr an Gerechtigkeit". - Das allerdings wussten die Wirtschaftsliberalen schon immer: Der Markt macht's!

4.4. Was ist an Clements Thesen noch spezifisch sozialdemokratisch? -  
Zumindest müsste Clement ja zeigen, dass die neue Sozialdemokratie sich

---

<sup>2</sup> <http://archiv.spd.de/events/grundwerte/clement.html>, 11.03.04

von ihrer Tradition des Kampfes für mehr Gleichheit verabschieden kann, weil sich die Verhältnisse geändert, nämlich: verbessert haben. Er müsste also darlegen können, dass die "jedem Verständnis von Gerechtigkeit Hohn sprechenden Ungleichheiten" der früheren Zeiten heute aufgehoben seien. Dazu wäre eine Analyse der gesellschaftlich-ökonomischen Dynamiken und Verhältnisse notwendig, einschließlich globaler Verwerfungen von Armut und Reichtum im Turbokapitalismus. Clement spart sich diese Aufgabe. Er setzt voraus, dass die Primärverteilung von Einkommen und Vermögen inzwischen keine Gerechtigkeitsprobleme mehr aufwerfe. Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist für ihn kein Gerechtigkeitsproblem mehr. In einer Zeit, in der dieser Unterschied sich national und weltweit dramatisch verschärft, plädiert dieser Sozialdemokrat dafür, dass die Sozialdemokratie endlich die produktive Wirkung von mehr Ungleichheit nicht nur anerkennen, sondern mehr Ungleichheit auch als sozial gerecht akzeptieren soll.

4.5. Wie kann solch ein offensichtlicher Unsinn, solch ein für jedefrau und jedermann erkennbarer Taschenspielertrick, mit dem Ungerechtigkeit in Gerechtigkeit umgewandelt wird, überhaupt Akzeptanz finden? - Ich denke, dass eine erste Erklärung im unter 2.5.3. schon genannten Mechanismus der kognitiven Dissonanz zu finden ist. - Menschen wollen, dass das, was für sie gut funktioniert, auch moralisch gerechtfertigt ist. Wer hält das sonst schon aus? Also freut man sich, wenn einem der Herr Clement sagt, dass es einem nicht nur gut geht, sondern dass es einem auch mit Recht gut geht. Dass man, wenn man reich ist und viel verdient, damit auch ein Leistungsträger ist, auf den es für die Zukunft der Gesellschaft ankommt. Und dass umgekehrt die da unten selber schuld sind und es auch nicht besser verdient haben. Die Bessergestellten können sich, ermuntert von der neuen Sozialdemokratie, sagen: Es ist gut, dass es mir gut geht, und das ist auch für die Allgemeinheit gut so. - Nur ist es leider so, dass diese Art der Dissonanzverarbeitung für die Schlechtergestellten, für die Verlierer nur schwer möglich ist. Diese müssten sich nämlich sagen: Es ist gut, dass es mir schlecht geht, weil, wenn Versager wie ich nicht bestraft werden, diese Gesellschaft nicht gut funktioniert. Schwer vorstellbar, dass Menschen diese Schizophrenie aufbringen ( - vor allem wenn wir einen Stand der Produktivität haben, der eigentlich allen Menschen ein auskömmliches Einkommen ermöglichen würde). - Für die Benachteiligten liefert Clements neues Modell von mehr Gerechtigkeit durch mehr Ungleichheit also keine glaubwürdige Erklärung. Die Theorie der kognitiven Dissonanz funktioniert nur für die Bessergestellten. Sie allerdings haben die Medienmacht, die kommunikative Hegemonie.

4.6. Wolfgang Clement beruft sich in seinem Vortrag auf den US-amerikanischen Sozialphilosophen John Rawls. Rawls, der vor kurzem verstarb, ist in der politischen Philosophie durchaus eine erste Adresse, ist der zur Zeit wohl meist beachtete Gerechtigkeitstheoretiker. Clement gibt

Rawls wie folgt wieder: Es müsse sich "eine Politik der Gerechtigkeit daran messen lassen, ob sie einen wirksamen Beitrag dazu leistet, dass sich der gesellschaftliche Wohlstand im Ergebnis in einem Maße erhöht, von dem alle einen Vorteil haben." Was aber sagt Rawls wirklich? Rawls macht ein Gedankenexperiment. Er stellt sich vor, dass die Menschen über Prinzipien der Gerechtigkeit entscheiden, ohne zu wissen, welche Stellung sie in der Gesellschaft haben werden, zu welcher Klasse sie gehören, ob sie Mann oder Frau sind und welche natürlichen Begabungen sie haben. Vorausgesetzt ist lediglich, dass die Menschen vernunftbegabt sind, und dass sie die Regeln ihres Umgangs als Freie und Gleiche miteinander aushandeln. Rawls wörtlich: „Ich behaupte, dass die Menschen im Urzustand zwei (...) Grundsätze wählen würden: einmal die Gleichheit der Grundrechte und -pflichten; zum anderen den Grundsatz, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, etwa verschiedener Reichtum und verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Nach diesen Grundsätzen kann man Institutionen nicht damit rechtfertigen, dass den Unbilden einiger ein größerer Gesamtnutzen gegenüberstehe. Es ist vielleicht zweckmäßig, aber nicht gerecht, dass einige weniger haben, damit es anderen besser geht. Es ist aber nichts Ungerechtes an den größeren Vorteilen weniger, falls es dadurch auch den nicht so Begünstigten besser geht." (zit. nach [http://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion:John\\_Rawls](http://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion:John_Rawls), 9.3.04) Rawls nennt dieses Prinzip das Differenzprinzip. Nach diesem Prinzip ist klar, dass Maßnahmen wie die Kürzung von Arbeitslosenhilfe oder von Leistungen der Krankenversicherung nicht als gerecht gelten können, wenn gleichzeitig die Unternehmen und die Besserverdienenden durch Senkung von Steuern und Abgaben begünstigt werden. Jede Politik der Umverteilung von unten nach oben ist danach eindeutig ungerecht. Sie mag mit Zweckmäßigkeit begründet werden - auf Rawls' Gerechtigkeitsbegriff kann sie sich keineswegs berufen. Es gilt - vielleicht - F+, es gilt mit Sicherheit N-. Hinzu kommt, dass John Rawls das Differenzprinzip an anderer Stelle noch ausgeweitet hat. Demnach sind soziale und ökonomische Ungleichheiten nur dann mit Gerechtigkeit vereinbar, wenn sie nicht nur den Schlechtergestellten möglichst großen Nutzen bringen – sondern auch die mit diesen Ungleichheiten verbundenen Positionen und Ämter für alle unter den Bedingungen fairer Chancengleichheit zugänglich sind. Mit dem so gefassten Gerechtigkeitsprinzip sind Eliten, die sich aus ihrer eigenen Nachkommenschaft rekrutieren, ebenso wenig vereinbar wie Vorsprünge auf Grund ererbten Vermögens. Mit Rawls, der durchaus ein Liberaler ist, lässt sich also genau das tun, was die klassische Sozialdemokratie stets getan hat und was die neue Sozialdemokratie der Blair, Schröder und Clement nicht mehr tun will - nämlich die im Kapitalismus gegebene Primärverteilung als ungerecht kritisieren.

- 4.7. Zusammengefasst: Ungleichheit ist vom kapitalistischen Wirtschaftsprozess hervorgebracht und vorausgesetzt, also reproduziert; Privateigentum an Produktionsmitteln, Vererbung dieses Privateigentums nach Geburtsprinzip, Konkurrenz und Profit - all das sind Ungleichheit produzierende grundlegende Mechanismen, nach denen unsere Gesellschaft und unsere Rechtsordnung funktioniert. Normativ gibt es keinen Grund, der diese Ungleichheit und ihre permanente Wiederherstellung im Kapitalismus rechtfertigen kann. Denn im Prinzip sind alle Menschen gleichwertig und gleichberechtigt und deshalb auch in gleicher Weise entwicklungsfähig. Wenn sie mit Gewalt in Ungleichheit gesetzt werden, weil die einen reich und die anderen arm sind, weil die einen Vermögen haben und die anderen nicht, die einen Qualifikationen erwerben und die anderen nicht, dann ist das ungerecht. Da die Primärverteilung von Geld und Lebenschancen im Kapitalismus zu Ungleichheiten führt, ist sie im Ergebnis ungerecht. Eine auf soziale Gerechtigkeit zielende Politik des Staats hat die Aufgabe, dieses Ergebnis zu korrigieren. - Deshalb ist es ein nur ein fauler Trick von Schröder und Clement, der SPD-Tradition, ja der Tradition der Arbeiterbewegung überhaupt, das Ziel einer "Ergebnisgleichheit" zu unterstellen. Nicht Gleichheit im Ergebnis, nicht Nivellierung ohne Ansehen von Leistung und Verdienst war das klassische Ziel, wie sich am Beispiel des Äquivalenzprinzips in der Renten- und Arbeitslosenversicherung leicht zeigen lässt. Wohl aber ging es immer um Ergebniskorrektur einer aus sich selbst heraus ungerechten Chancenverteilung im Kapitalismus - und von diesem Ziel verabschieden sich die neuen Sozialdemokraten unter Blair, Schröder und Clement. Ihre Ideologie ist neoliberal, weil sie die ungleiche Primärverteilung als gerecht akzeptiert.
- 4.8. Deshalb erweist sich auch der einzig positiv genannte Bestandteil des Schröder-Clementschen Gerechtigkeits-Begriffs, die Chancengleichheit, bei genauerem Hinsehen als eine Leerformel: Wie sollen Erben von Armen und Reichen chancengleich sein? Wo bleibt denn, wenigstens auf dem Gebiet der Erhöhung von Erbschaftssteuern, das sozialdemokratische Engagement der Schröder-Regierung? Und wie soll Chancengleichheit auf vermachteten Märkten hergestellt werden? Und wo, wenn nicht in der kollektiven Gegenwehr und in der Verbindlichkeit von Tarifverträgen, liegt die Chance zur Chancengleichheit der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt? Was aber ist die Aufgabe der Gewerkschaften nach Schröder und Blair? - "Wir wollen, dass sie den einzelnen gegen Willkür schützen und in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten und dauerhaften Wohlstand schaffen helfen." (Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1999, S. 890) Gewerkschaften also als Beschwerdeausschüsse und geduldete Co-Manager. Kein Wort davon, dass die Schlechtergestellten kollektive Macht benötigen, damit sie wenigstens Ansätze von Chancengleichheit erreichen können.

5. Unter 4. wurde gezeigt, wie die neue Sozialdemokratie den klassischen Gerechtigkeitsbegriff neoliberal und unternehmerkonform umzudeuten versucht. Wird diese Umdeutung des Gerechtigkeitsbegriffs von den Bürgerinnen und Bürgern auch akzeptiert? Unter 2. wurde die Vermutung geäußert, dass die Menschen geneigt sein könnten, diese Umdeutung zu übernehmen, weil sie es nicht gut aushalten, an Gerechtigkeitsforderungen festzuhalten, für die sie in der Realität ihres Alltags und der herrschenden Politik keine Chancen der Verwirklichung sehen (Reduktion der kognitiven Dissonanz). Es könnte auch sein, dass die Menschen auf Gerechtigkeitsansprüche ganz verzichten, dass sie resigniert und vielleicht auch zynisch werden, etwa: Gerechtigkeit ist etwas für Schönwetterzeiten, im heutigen globalen Wettbewerb geht's knallhart zur Sache, da können wir uns Gerechtigkeit nicht mehr leisten.

Thesen zu 5:

- 5.1. Generell sprechen die Wahlergebnisse der Sozialdemokraten seit 1999 nicht gerade dafür, dass die Umdeutung von sozialer Gerechtigkeit als mehr Ungleichheit auf Kosten der sozial Schwachen akzeptiert wird. Aus allen Umfragen wissen wir, dass klassische SPD-Wähler zu Hause bleiben, weil sie in der SPD-Politik eine riesige Gerechtigkeitslücke wahrnehmen. Und natürlich ist es Augenwischerei und Selbstbetrug, wenn die SPD-Führung das Ganze zum "Vermittlungsproblem" erklärt, so als seien die Wählerinnen und Wähler ein wenig blöd und hätten die richtige Politik nur falsch verstanden. In Wirklichkeit sind die Wählerinnen und Wähler nicht blöd: Sie haben die falsche Politik richtig verstanden und handeln entsprechend.
- 5.2. Aber sind die Bürgerinnen und Bürger vielleicht doch bereit, ihre Gerechtigkeitsansprüche zu überdenken und im Sinne der neoliberalen Ideologie zu verändern? Gibt es so etwas wie eine zunehmende Akzeptanz von "Marktgerechtigkeit"? Ein Team der Berliner Humboldt-Uni hat diese Frage am Beispiel von Entlohnungsprinzipien untersucht.<sup>3</sup> Das Ergebnis ist ein JA- ABER. Es lohnt genauere Betrachtung. Der klassische Flächen-Tarifvertrag realisiert verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien: Zunächst das Gleichheitsprinzip ("gleicher Lohn für gleiche Arbeit"), dann das Leistungsprinzip ("jeder nach seinen Leistungen"), in gewissem Sinne, etwa bei der Lohnhöhe der unteren Lohngruppen, auch das Bedarfsprinzip ("jedem nach seinen Bedürfnissen"). Das Leistungsprinzip gilt nicht nur individuell, sondern auch kollektiv: Die Beschäftigten sollen insgesamt am Ertrag der von ihnen bewirkten Produktivitätssteigerung teilhaben. Alle diese Gerechtigkeitsprinzipien werden in Frage gestellt, wenn die Arbeitgeber, wie neuerdings immer häufiger üblich, die Lohnhöhe an den Unternehmenserfolg auf dem Markt binden wollen. Der Markt kennt Verlierer und Gewinner: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit kann dann nicht

---

<sup>3</sup> Quellen für das folgende sind: Holger Lengfeld: Mitbestimmung und Gerechtigkeit. Zur moralischen Grundstruktur betrieblicher Verhandlungen, Rainer Hampp Verlag, München und Mering 2003; ders.: Gleichheit, Leistung oder Markt? Zur Legitimität lokalisierter Tarifverhandlungen, Ms. 2004

mehr herauskommen. Markterfolg ist auch nicht eindeutig individuellen oder kollektiven Leistungen zurechenbar: Mithin gilt das Leistungsprinzip nicht mehr oder nur noch sehr vermittelt. Und das Bedarfsprinzip des auskömmlichen Minimallohns wird vom Markt erst recht nicht respektiert. Hinzukommt, dass bei der Bindung der Lohnhöhe an den Markterfolg das Management einen uneinholbaren Informations- und Definitionsvorsprung vor den Beschäftigten und ihren Vertretungen hat: Wie soll Markterfolg gemessen werden? - Empfinden die Beschäftigten dennoch eine Bindung der Lohnhöhe an den Unternehmenserfolg als gerecht? Gibt es eine Bewegung hin zu einem neuen Gerechtigkeitsprinzip, das sich als "Marktgerechtigkeit" bezeichnen ließe? Der Sozialforscher Holger Lengfeld schließt eine solche Bewegung nicht aus, sieht sie aber an bestimmte Bedingungen gebunden: Die Kopplung des Lohns an die Marktlage des Unternehmens wird dann akzeptiert, wenn das Management als fair, auch bei der Verteilung von Lasten, angesehen wird und/oder wenn für die Beschäftigten eine durchsetzungsstarke Interessenvertretung vorhanden ist. - Mit anderen Worten: Die Beschäftigten sind zu "betrieblichen Bündnissen" zwecks Arbeitsplatzsicherung bereit, wenn es bei der Verteilung von Lasten, und natürlich auch bei der Beteiligung an den Erträgen fair und gerecht zugeht und diese Fairness institutionell oder durch die Unternehmenskultur gesichert scheint. Es bleibt aber offen, ob sich darin eine Einstellung der „Marktgerechtigkeit“ zeigt in dem Sinne, dass die Resultate des Marktgeschehens als gerecht akzeptiert würden. Vielmehr scheinen sie als Gegebenheit hingenommen zu werden, und die Gerechtigkeitsforderung bezieht sich dann auf den Umgang mit dieser Gegebenheit.

5.3. Lässt sich aus diesen Forschungen zur Gerechtigkeit auf der betrieblichen Ebene eine Schlussfolgerung für die politische Ebene der Verteilungsgerechtigkeit ableiten? - Mit sehr viel Vorsicht gesagt, scheint mir einiges dafür zu sprechen, dass es eine Bereitschaft zu einem nationalen Standortkorporatismus, zu einem kollektiven Zurückstecken von Ansprüchen zu geben scheint, wenn der Verzicht gerecht verteilt wird. Trotz aller Rhetorik für ein nationales - und nationalistisches! - Standortbündnis ist es der neuen Sozialdemokratie aber nicht gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass sie, sofern sie Opfer verlangt, diese gerecht verteilt.

5.4. Aus normativer Sicht bleibt klar, dass die Bereitschaft zu Standortbündnissen samt der Forderung nach ihrer gerechten Ausgestaltung immer eine zweiseitige Sache ist, dass sie immer auf ein reduziertes, lokal oder national verkürztes Gerechtigkeitsverständnis hinaus läuft. Fairness und Gerechtigkeit wird für die In-Group verlangt, damit die Konkurrenten effektiver bekämpft werden können. Auf die Konkurrenten wird das Gerechtigkeitspostulat nicht ausgedehnt. Es herrscht exklusive, nicht inklusive Solidarität. An diesem Punkt wäre weiter über internationale Solidarität der Gewerkschaften zu reden - aber das ist ein neues Thema.

6. Die gegenwärtige deutsche Regierungspolitik gehört in unserer Vierfeldertafel ins Feld Rechts/Unten: Weder normativ noch funktional begründbar.

Thesen zu 6:

- 6.1. Bisher habe ich die normative Seite der Politikbewertung betont und zu zeigen versucht, welche Politik sich als gerecht legitimieren lässt und welche nicht. Wenn es jetzt um konkrete Politiken der uns Regierenden gehen soll, insbesondere um die Umstrukturierungen und Umverteilungen auf den Gebieten Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Steuern/Staatsfinanzen, dann muss natürlich die gesamte Vierfeldertafel zur Anwendung kommen. Bisher wurde argumentiert, dass diese Politiken sich normativ nicht als gerecht rechtfertigen lassen, dass sie also auf jeden Fall in die beiden unteren Felder gehören. Aber vielleicht lassen sie sich ja funktional rechtfertigen? Vielleicht klappt's ja mit der Lösung der Zukunftsprobleme - und alle Opfer der sozial Schwachen, so ungerecht sie im Rawls'schen Sinne waren, werden sich am Ende gelohnt haben: Die Arbeitslosigkeit ist besiegt, die - verbleibenden - sozialen Sicherungssysteme sind zukunftsfest und die deutsche bzw. die europäische Wirtschaft boomt und hat ihre Weltmarktposition auf lange Zeit hin gesichert?
- 6.2. Ich fasse mich kurz und belasse es im Anschluss an die Berichte der Projektgruppen und des Memorandums 2004 der "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" bei der These, dass die gegenwärtige Regierungspolitik auf allen vier Gebieten auch funktional ihre Ziele verfehlt, sofern mit diesen Zielen gemeint ist, dass "die schwächelnde Wirtschaft belebt, ihre Wettbewerbsfähigkeit gesichert und die Gesellschaft insgesamt zukunftsfest gemacht werden" (Memorandum 2004, Kurzfassung, S.1) soll<sup>4</sup>. All diese Politiken gehören in das Feld rechts unten. Sie sind nicht nur ungerecht, sondern auch dysfunktional, ineffektiv, sozial schädlich. Und sie sind auch keineswegs alternativlos, wie die Bundesregierung gern behauptet. Das beginnt mit der durch Sozialabbau verstärkten Schwäche der Binnennachfrage und endet bei der Umwandlung der Alterssicherung in eine Lotterie.
- 6.3. Diese These gilt allerdings nur unter der Bedingung, dass als Maßstab für Funktionalität die offiziell genannten Ziele genommen werden. Setzt man hingegen als oberste Ziele etwas andere ein, etwa: die kurzfristige Bedienung von Unternehmerinteressen, insbesondere im Sinne von Shareholder Value, die Verbesserung der Einkommenslage der Besserverdienenden, schließlich die Umgestaltung aller der sozialen Beziehungen nach Marktmustern, dann erscheint vieles zwar immer noch ungerecht, aber immerhin funktional. Funktional im Sinne einer klaren

---

<sup>4</sup> Oder, um die Ziele in den Worten von Bundeskanzler Schröder wiederzugeben: "die Substanz unseres Sozialstaates auch für die Zukunft erhalten"; "Deutschland hat eine starke und leistungsfähige Exportwirtschaft. Wir müssen alles dafür tun, dass das so bleibt"; "Wir müssen jetzt die Weichen für eine wirtschaftliche Belebung, für mehr Wachstum und Beschäftigung stellen." In: Die Bundesregierung: Antworten zur Agenda 2010, Berlin, November 2003, S.4/5.

Interessenpolitik auf der Grundlage neoliberaler Ideologie. Und um diese Interessen und Ideologien gilt es, endlich, einen öffentlichen Streit zu führen, statt so zu tun, als wollten doch alle nur dasselbe und das Beste - gerade auch seitens der Gewerkschaften.

## 7. Zur Rolle der Gewerkschaften:

Thesen zu 7:

- 7.1. Auf diesem Gebiet hat die Wissenschaft keine Vorschriften zu machen. Es ist eine demokratische Entscheidung der Gewerkschaftsmitglieder, in welche Richtung sie mit ihren Organisationen sich bewegen wollen. Deshalb von mir hier nur einige knappe Anmerkungen für die Diskussion, in mit denen ich auch als Gewerkschafter Stellung nehme.
- 7.2. Gewerkschaften organisieren Solidarität. Als Gewerkschafter plädiere ich für mehr inklusive Solidarität, für mehr Öffnung nach innen und nach außen, statt Selbst-Abschließung von Gewinnergruppen und nationalen Standortbündnissen. Auch dies lässt sich normativ und funktional begründen. Gewerkschaften sollten weltweit solidarisch für Gerechtigkeit und Freiheit eintreten. Sie können aber auch ihre Funktion, die Milderung der Konkurrenz unter den Arbeitskraftanbietern, nur erfüllen, wenn sie der globalisierten und generalisierten Konkurrenz eine globalisierte und generalisierte Organisation entgegen setzen.
- 7.3. Als Gewerkschafter plädiere ich für eine wirkliche Ablösung von der SPD. Die Theorie des kleineren Übels lähmt gewerkschaftliche Aktionskraft. Derzeit droht die SPD-Bindung einiger Gewerkschaftsführungen diese in den Glaubwürdigkeitsverlust der SPD-Führung mit hineinzuziehen – mit gefährlichen Folgen für die Handlungsfähigkeit der Organisation.